

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.— Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Poststraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Poststraße 14. Tel. 1769.
Verlagspreis: 8 Pf. (einschl. Post).
Wochensatz: 48 Pf. (einschl. Post).

Zusätze werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 109.

Dresden, Donnerstag den 15. Mai 1913.

24. Jahrg.

Bei einer Maschinenfabrik auf dem Torpedoboot 8 148 wurden zwei Mann getötet und drei schwer verletzt.

Nach einem neuen Gesandnis des Dieners Ritter ist die Klatsch an dem Berliner Schüler Klatsch ein wohlüberlegter Luftwurf.

Die Blockade der montenegrinischen Küste wurde gestern aufgehoben.

Die internationalen Truppen sind in Statari eingezogen.

Oesterreich hat die bisher türkisch gewesene Donauinsel Abafaleh annektiert.

Nach einer Petersburger Meldung feierten 130 000 Arbeiter den 1. Mai russischen Stils.

Die Einschränkung der sozialen Fürsorge.

Die Sozialpolitik ist in den letzten Jahren nicht nur vernachlässigt, sondern wo es ging, auch eingeschränkt worden. Das gilt namentlich für das Gebiet der Arbeiterversicherung. Die Unternehmer klagen immer mehr über die angeblichen Kosten dieser Einrichtung und eine immer größere Zahl bürgerlicher Schriftsteller findet sich, die da entdeckt, daß die Versicherung die „Rentendysterie“ erzeuge, die Arbeiterkraft vermindere usw. Die Folge davon ist, daß sich die Versicherungsträger — Berufsgenossenschaften und Invalidenversicherungsanstalten insbesondere — mit den Ärzten, Behörden und der Rechtsprechung zusammenschließen, um die „Entlastung“ zu bekämpfen und die Rentenleistungen immer mehr einzuschränken.

Besonders auf dem Gebiete der Unfallversicherung nimmt der Kampf um die Leistungen immer schärfere Formen an. Es seien im nachfolgenden einige Zahlen aus der Statistik, die diese „Entlastung“ doch nicht ganz verschleiern kann, wiedergegeben.

Die Verschlechterung der Unfallversicherung geschieht nach zwei Richtungen: erstens, daß immer weniger Unfälle entschädigt werden, und zweitens, daß die Entschädigungen selbst immer geringer werden. Von 1905 auf 1911 verminderte sich die Zahl der gemeldeten Unfälle von 414 445 auf 520 229 oder von 50,57 auf 52,83 pro 1000 Versicherte. Zugleich verminderte sich in der gleichen Zeit die Zahl der entschädigten Unfälle von 8,34 auf 7,15 pro 1000 Versicherte. Unter den entschädigten Unfällen sind viele, die nur mit einem Heilverfahren abgetan wurden. Was speziell die Rentengewährung anbetrifft, so verminderte sich von 1905 auf 1911 die Zahl der als völlig dauernd erwerbsunfähig erklärten Verletzten von 572 auf 413 oder von 0,7 auf 0,4 pro 1000 Versicherte, die der teilweise dauernd erwerbsunfähig gewordenen von 29 423 auf 22 898 oder von 3,59 auf 2,32 pro 1000 Versicherte. Die Zahl der vorübergehend erwerbsunfähig Beschäftigten vermehrte sich ein wenig, nämlich von 33 211 auf 41 300 oder von 4,05 auf 4,26 auf die erwähnte Zahl Versicherte. Diese Veränderungen sind selbstverständlich auf die ungünstiger gewordene Abschätzung der Unfallsfolgen zurückzuführen, denn daß die „Schwere“ der Unfälle nicht geringer geworden ist, geht daraus hervor, daß die Zahl der durch Betriebsunfall Getöteten von 5154 im Jahre 1905 auf 5832 im Jahre 1911 stieg.

Diese Rentenquetscherei kommt selbstverständlich auch in den finanziellen Ergebnissen der Berufsgenossenschaften zum Ausdruck. Dem Betrage nach sind zwar die Ausgaben der Berufsgenossenschaften gestiegen, was bei der Vermehrung der Versicherten usw. nur selbstverständlich ist. Berechnet man aber die Ausgaben nach einer bestimmten Lohnsumme, was das einzig richtige Verfahren ist — da ja die Renten nach dem Jahresarbeitsverdienst der Verletzten berechnet werden —, so ergibt sich ein fortwährendes Sinken der Aufwendungen. Von 1905 auf 1911 verminderten sich pro 1000 M. Lohn die Gesamtausgaben von 18 M. auf 16,20 M. und die Renten an Verletzte von 9,60 M. auf 8,19 M. Im Jahre 1908 entfielen auf einen gemeldeten Unfall 320,21 M. Gesamtausgabe, im Jahre 1911 aber nur noch 309,35 M.

Die Rentenquetscherei geht auch aus folgenden Zahlen hervor. Während die Zahl der berufsunfähigen Beschädigten der Versicherungsträger sich gleich blieb, stieg die Zahl der Beschädigten, die eine neue Feststellung einer alten Rente infolge Veränderung der Verhältnisse anordnete, von 176 288 im Jahre 1906 auf 186 842 im Jahre 1912. Nach dem bisherigen Recht konnten die Berufsgenossenschaften nur innerhalb der ersten fünf Jahre von der Rechtskraft der ersten Feststellung an die Unfallschädigung selbständig durch Beschädigte neu feststellen. Später durfte dies nur auf besonderen Antrag an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung geschehen, das eine Entscheidung darüber zu treffen hatte. Solche von den Berufsgenossenschaften gestellte Anträge vermehrten sich von 463 im Jahre 1901 auf 44 782 im Jahre 1912. Das ist eine Verzehnfachung!

Der verschärfte Kampf um die Rente kommt vor allem in der Vermehrung der Streitigkeiten zum Ausdruck. Die Streitfälle, die die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu erledigen hatten, vermehrten sich von 66 061 im Jahre 1901 auf 134 567 im Jahre 1912. Das ist eine

Verdoppelung in diesem Zeitraum. Ein großer Teil dieser Fälle wird durch Anerkennung usw. erledigt. Die Statistik der Streitfälle, die durch Urteil beendet wurden, zeigt, wie sich die Rechtsprechung der Schiedsgerichte von Jahr zu Jahr verschlechtert hat. Die Zahl der Sachen, die zugunsten des Rentenbewerbers entschieden wurden, verminderten sich in der Zeit von 1901 auf 1912 von 24,50 auf 15,58 Prozent. Dagegen vermehrten sich in derselben Zeit die zugunsten der Berufsgenossenschaft erledigten Fälle von 62,60 auf 74,02 Prozent. In dem ganzen Kampfe um die Rente sind die Verletzten von vornherein im Nachteil. Den Berufsgenossenschaften steht ein ganzer Trupp antisozialer Werkzeuge zur Verfügung. Die Verletzten vermögen nur selten einen Arzt zu finden, der ihnen überhaupt ein Zeugnis ausstellt. Seit dem Jahre 1909 hat sogar die wirkliche Zahl der Fälle, die zugunsten der Verletzten entschieden wurden, um zirka 3000 abgenommen.

Gegen die Schiedsgerichtsurteile wurden 1901 12 419, 1912 aber 22 827 Rekurse beim Reichsversicherungsamt eingelegt. In den letzten Jahren ist indes die verhältnismäßige Zahl der Rekurse gleich geblieben. Bekanntlich können sowohl die Berufsgenossenschaften als auch die Verletzten gegen die Schiedsgerichtsurteile das Rechtsmittel des Rekurses einlegen. Die Verletzten machen aber, was nur zu erklärlich ist, weit umfangreicheren Gebrauch davon. Im Jahre 1912 befanden sich unter 100 eingegangenen Rekursen 77,7 von den Verletzten. Der weitaus größte Teil der Rekurse — im Jahre 1912 waren es 89,5 Prozent — wird durch Urteil erledigt. Bei den Rekursen der Verletzten waren 81,7 Prozent, bei denen der Berufsgenossenschaften aber nur 47,3 Prozent ohne Erfolg. Auch bei der Erledigung der Rekurse durch das Reichsversicherungsamt zeigt sich, daß der Erfolg der Verletzten immer geringer, der der Berufsgenossenschaften aber immer größer wird. Von 1905 auf 1911 verminderten sich die erfolgreichen Rekurse der Verletzten von 22,9 auf 18,1 Prozent, während sich die erfolgreichen Rekurse der Berufsgenossenschaft von 52,5 auf 55,3 Prozent vermehrten.

Was die Art der Streitfälle anbetrifft, so dreht sich die übergroße Mehrzahl der Rekurse um die Frage, ob eine „Veränderung der Verhältnisse“, also eine Änderung in dem Zustande des Verletzten eingetreten ist. Diese Sachen vermehrten sich von 44,0 Prozent im Jahre 1905 auf 65,9 Prozent im Jahre 1912. In mindestens der Hälfte dieser Fälle spielte die sogenannte „Gewöhnung“ an die Unfallsfolgen die Hauptrolle.

Das sind alles sehr betrübende Zahlen. Sie zeigen den bedauerlichen Niedergang der Unfallversicherung. Die Reichsversicherungsordnung mit ihrem verschlechterten Verfahren in Unfallsstreitigkeiten wird keine Besserung bringen. Ohne die Arbeitersekretariate, die sich in wachsendem Maße bemühen, den Verletzten zu ihrem Rechte zu verhelfen, würden die Zustände noch schlechter sein!

Der Wahltag in Preußen.

Am Freitag wird die Neuwahl zum preussischen Dreiklassenhaus vollzogen. Zu einer lebendigen und großartigen Wahlbewegung ist es auch in den letzten Wochen nicht gekommen. Dagegen ist die Kleinartigkeit, die bei diesem elenden indirekten Wahlsystem mit seinen tausend Schikanen das unerlässliche ist, besonders von Seiten unserer Parteigenossen in einer ständigen Zahl von Kreisen mit großem Eifer betrieben worden. Alle Vorbereitungen sind getroffen worden, um aus der ungeheuren Ungunst der Verhältnisse, unter denen diese Wahlen vor sich gehen, doch etwas herauszuholen.

Niemand wird sich darüber täuschen, daß größere Erfolge bei diesen Wahlen nicht zu erzielen sind, daß der dringende Umschwung in der preussischen Politik nicht unmittelbar erzielt werden kann. Gleichwohl darf die Hoffnung gehegt werden, daß die Massen des entrechteten Volkes trotz der öffentlichen Stimmabgabe sich noch zahlreicher als bei den vorigen Wahlen im Jahre 1908 an der Wahl beteiligen und dadurch ihren Protest gegen ihre Entrechtung einlegen werden. Hoffentlich wird es auch gelingen, der kleinen Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten im Dreiklassenhaus — es waren bisher 6 unter 443 „Volksvertretern“ — eine Verstärkung zu schaffen. Dann wird nach diesen Wahlen, die für das ganze Deutsche Reich von so großer Bedeutung sind, von neuem gründlich erörtert werden müssen, wie der Wahlrechtskampf fortgeführt werden soll.

Der Fortwärtis ruft die Wähler in einem letzten Appell auf, in dem u. a. ausgeführt wird:

„Nicht können wir wie bei der Reichstagswahl den Volksmassen zurufen, daß es nun an der Zeit sei, an ihren Bedrängern und Peinigen Vergeltung zu üben. Denn feste Bollwerke und Verbände, Gräben und Stacheldrähte schützen die herrschenden Volksunterdrücker gegen den Jorn und die Verpeinigung der Massen: das schändliche Dreiklassenwahlrecht mit all seinen betamten Ungeheuerlichkeiten. Dennoch ergeht an die Massen auch diesmal die dringliche Mahnung: Tut eure Pflicht! Wählt am 16. Mai Mann für Mann die sozialdemokratischen Wahlmänner!“

Die Herrschenden wollen es ja nicht glauben, daß die Empörung der Massen über die unfähige Wahlentrechtung durch das Dreiklassenwahlrecht, durch die indirekte Wahl, durch die öffentliche Abstimmung und die schreiend ungerechte Wahlkreisverteilung so groß sei, daß sie sich endlich zu einer radikalsten Wahlreform verstehen müßten. Sie halten das Volk für so lammenfrumm und so schafgebüldig, daß sie es auch ferner rücksichtslos knebeln und schamlos ausbeuten wollten.

Da hilft nur der entschlossene Rotwehrtakt der Volksmassen, das unerschrockene Bekenntnis: die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner trotz aller Ungunst des Wahlrechts und trotz des infamen Spioniersystems der öffentlichen Abstimmung! Bringt die Arbeiterklasse nicht den Mut zur massenhaftesten Wahlbeteiligung auf, so wird ihr die herrschende Klasse erst recht nicht Opferwilligkeit und Courage zu energischeren Pressionsmitteln zutrauen und die wertlosen Drittklassigen mit einer Reform abspülen, die nichts ist als blutiger Hohn auf die proletarischen Wahlrechtsforderungen!

Das Wahlrecht steht auf dem Spiele! Von dem Ausfall der Wahlreform aber hängt es ab, ob Preußen sich zu einem modernen Kulturstaate entwickeln oder aber die alte Trutzburg der Junkerfaste und des mit ihr verbündeten Klerus bleiben soll! Behalten aber Junker und Pfaffen in Preußen das Heft in der Hand, so vermag die brossische Reaktion auch im Reich trotz des Reichstagswahlrechts dem Volke das Knie auf die Brust und den Daumen aufs Auge zu drücken! Entweder wird die preussische Reaktion niedergeworfen oder das ganze deutsche Volk wird zur Helotenrolle herabgewürdigt!...

Es ist ein elementarstes Kulturinteresse, daß der Wahlsystem und Wahlrechtsreform der Sozialdemokratie von volstem Erfolg gekrönt ist. Während die bürgerlichen Parteien als Vertreter der Interessen des fatten Besitzes sämtlich erbitterte Reaktionen oder zum mindesten höchst zweifelhafte Vertreter des Fortschritts geworden sind, vertritt die aufstrebende Arbeiterklasse mit dem politischen und sozialen Fortschritt zugleich das Allgemeininteresse auf allen Kulturgebieten!

Die Zusammenfassung des bisherigen Hauses der Abgeordneten.

Konservative	155
Freikonservative	60
Nationalliberale	64
Volkspartei	37
Zentrum	103
Polen	14
Dänen	2
Sozialdemokraten	6
bei keiner Partei	2
Zusammen	443

Die bei der letzten Landtagswahl abgegebenen Stimmen.

Konservative und Freikonservative	419 250
Nationalliberale	320 751
Freistimmige	250 723
Zentrum	502 394
Polen, Dänen usw.	227 304
Bund der Landwirte, Antisemiten	24 246
Sozialdemokraten	601 093

Wären die Mandate des Abgeordnetenhauses auf Grund der Wählerzahl verteilt worden, so würden die konservativen Parteien nicht 212, sondern 82, das Zentrum nicht 104, sondern 89, aber die Sozialdemokratie nicht 6, sondern 127 Mandate erhalten haben — trotz der öffentlichen Stimmentabgabe!

Die Deckungsfrage.

Für die bürgerlichen Parteien richtet sich jetzt das politische Hauptinteresse auf die Frage, ob die neuen Steuervorlagen — nicht bloß der einmalige Mehrbeitrag, sondern auch diejenigen Vorlagen, die die fortwährenden Steuern betreffen — mit der Heeresvorlage oder erst nach der Heeresvorlage fertiggestellt werden sollen.

Konservative und Zentrum fordern die gleichzeitige Fertigstellung der Steuervorlagen. Sie entdecken plötzlich ihre Begeisterung für den guten Grundlag: Reine Ausgaben ohne Deckung. In Wahrheit handelt es sich für diese Parteien nur darum, sowohl auf die Regierung als auch auf die Nationalliberalen einen Druck auszuüben, daß die neuen Steuern nach dem Befallen der Schwarzblauen eingerichtet werden, daß vor allem die schrecklichen Gespenster der Reichsvermögens- und der Reichserbschaftsteuer verschont werden. Wird die Heeresvorlage jetzt fertiggestellt, die Steuervorlagen aber auf den Herbst verlegt, so besteht die Möglichkeit, daß die Nationalliberalen dann mit den Fortschrittlichen und Sozialdemokraten sich für Beststeuerer entscheiden, die den Schwarzblauen ein Creuel sind, und daß auch der Umbau einer solchen Steuer, wenn sie im Reichstag die Mehrheit gefunden hat, zustimmen wird. Dies suchen die Parteien der schlimmsten Steuerscheu zu hintertreiben.

Es haben bereits vor Pfingsten zwischen Regierungsbizetteern und Führern der bürgerlichen Parteien allerlei